

Erzgebirgischer Volksfreund

Tageblatt • enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft und der Staatsbehörden in Schwarzenberg, der Staats- u. städtischen Behörden in Schneeberg, Röhrlitz, Neukirchen, Grünhain, sowie der Finanzämter in Aue und Schwarzenberg.

Es werden außerdem veröffentlicht: Die Bekanntmachungen der Stadträte zu Aue und Schwarzenberg und der Amtsgerichte zu Aue und Johannegeorgenstadt.

Verlag G. M. Gärner, Aue, Erzgeb.

Vertriebspreis: Aue 51 und 92, Röhrlitz (inkl. Aue) 460, Schneeberg 10, Schwarzenberg 551. Druckverlag: Verlagsdruckerei Koenigsberg.

Wichtigste Anzeigen für die am nächsten erscheinende Nummer bis mittags 9 Uhr in den Anzeigenabteilung. Eine Gewähr für die Richtigkeit der Anzeigen am vorerwähnten Tage kann nur durch die Anzeigenabteilung gegeben werden, auch nicht für die Richtigkeit der durch den Verleger ausgedruckten Anzeigen. — Für Rückfragen und Einsendungen von Anzeigen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. — Unterbrechungen des Geschäftsbetriebes begründen keine Rückstände. Bei Zahlungsverzögerung und Konkurs gelten Anzeigen als nicht veröffentlicht. Hauptgeschäftsstellen in: Aue, Röhrlitz, Schneeberg und Schwarzenberg.

Nr. 266.

Sonntag, den 15. November 1925.

78. Jahrg.

Amtliche Anzeigen.

Öffentliche Sitzung des Bezirksausschusses

findet Freitag, den 20. Nov. 1925, vormittags 9 Uhr, im Dienstgebäude der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg statt.

Amtshauptmannschaft Schwarzenberg, am 13. November 1925.

Der Kreisaustrich Zwidau hat den 2. Nachtrag zur Schankerlaubnisverordnung für den Bezirkssprengel der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg am 6. November 1925 — II, S. 1, 20 a — genehmigt. Der Nachtrag liegt eine Woche lang zur Einsichtnahme in der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg — Zimmer 27/28 — aus.

Der Bezirksverband der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg, am 11. November 1925.

Die Kreisaustrich Zwidau hat den 2. Nachtrag zur Betrunkenerverordnung des Bezirksverbandes der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg am 2. November 1925 — II, S. 1, 28 a — genehmigt.

Der Nachtrag liegt eine Woche lang zur Einsichtnahme in der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg — Zimmer 27/28 — aus.

Der Bezirksverband der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg, am 11. November 1925.

Pflegestellen gesucht.

Mehrere Knaben und Mädchen im Alter von 4 bis 13 Jahren sind in geeigneter Familienpflege zu vergeben. Mittelungen erbittet bis 21. November 1925 das Jugendamt der Stadt Werdau.

Werdau, den 13. Nov. 1925. Der Rat der Stadt Jugendamt.

Streiflichter.

Die Handlanger gewisser Leute, die sich als Volksführer aufspielen, haben die Aufgabe, in kurzen Zeitabständen sich Sensationen aus den Fingern zu saugen, mit denen dann politische Geschäfte gemacht und dem zur natürlichen Tragheit neigenden Parteikörper neue Impulse gegeben werden sollen. Die Kulis in den Redaktionen werden dafür bezahlt, aus wilden Elefantenzähnen zu machen und weiß in schwarz umzufärben, zu lügen, daß sich die Vögel biegen, und zu behaupten, daß kein gutes Haar an Andersdenkenden bleibt. Der Schwindel mit dem Ku-Klux-Klan ist eben lautlos in die Versenkung verschwunden, da wird der Welt schon wieder eine neue gruselige Legende übergeschoben. Sie soll zwar schon ein Jahr her sein, aber das tut nichts, wenn sie nur aktuell frisiert wird. Ein Herr Emil Ludwig hat bei einer Revolutionsfeier in Berlin erklärt, er wisse ganz genau, daß vor einem Jahre in München der Plan bestanden habe, den Kronprinzen Rupprecht mit einfacher Stimmenmehrheit zum bayerischen Staatspräsidenten zu wählen. Und der Reichswehrminister habe seinem Parteifreund, dem Oberbürgermeister Luppe von Nürnberg, versichert, er werde die Reichswehr in diesem Falle nicht marschieren lassen. Nun geht es über Herrn Gessler, den Demokraten, her. Die Pazifisten aller Schattierungen zerreißen sich die Kleider und erheben ein Klagegeschrei, diemell sich der Reichswehrminister angeblich geweigert haben soll, bei der ersten besten Gelegenheit unter den Bayern ein Blutbad anzurichten. Gegen den Bürgerkrieg, das weiß man schon lange, hat das pazifistische Programm nichts einzuwenden, wenn nur keinem Franzosen, Tschechen oder Polen ein Haar gekrümmt wird. Daß der Reichswehrminister bei seiner Verteidigung gegen die Angriffe der demokratischen Presse leise angebeutelt hat, der Herr Emil Ludwig sei eigentlich ein geborener Sohn, hat dem Haß den Boden ausgeschlagen. Bei der Berliner Zeitungsgemeinde, soweit sie rosarot schillert oder rot ist, hat es der Herr Gessler nun völlig verschüttet. Allerdings wird man ihm auch bei dem demnächstigen großen Ministerreinemachen kaum etwas anhaben können, denn er stützt sich auf die Reichswehr und ihren Führer, den General von Seeckt, mit welsch' lehrerem, wie die Linke weiß, nicht gut Ritzchen essen ist. Also auch diesmal wird der Sturm aus dem demokratischen Wetterloch den Demokraten Gessler nicht hinwegblasen. Und selbst Herr Emil Ludwig, der unter dem Namen Dr. Froch einer der Hauptmitarbeiter der berühmten „Welt am Montag“ des Herrn von Gerlach polnischen Angebens ist, wird also dem Reichswehrminister nichts anhaben können.

Die Sensationen stellen sich auffälligerweise immer dann ein, wenn der Sozialdemokratie an den Wagen gefahren wird. Sie ist in der Beweisaufnahme im sog. Dolchstoßprozeß recht arg mitgenommen worden. Die Beleidigungsklage des Redakteurs des Münchner Parteiblattes, der „Post“, war als Ehrenrettung der Partei gedacht, die in dem durch die Amnestie

erlebigen Magdeburger Prozeß so schlecht abgehandelt hatte. Wie das Urteil auch lautet wird, es ist den Parteiführern auch diesmal nicht gelungen, ihre Wäsche von den garstigen Flecken zu reinigen, die vor und während der Revolution darauf gekommen sind. Es ist, wie der gewiß unverdächtige Oberst Schwendfeger ausführte, „einwandfrei bewiesen, daß die Möglichkeit des Sieges durch die revolutionäre Arbeit hinter der Front untergraben wurde“. Nichts anderes wird mit dem Worte Dolchstoß gemeinhin bezeichnet. Wenn sich auch die Herren um Scheidemann heute als noch so harmlose Ritzbürger darstellen, so glaubt ihnen doch kein Mensch mehr. Die Beweise für die Zusammenhänge zwischen ihrem Tun und Lassen und unserer Niederlage sind so zahlreich, daß jeder Reinwaschungsversuch nur lächerlich wirkt. Wer davon immer noch nicht überzeugt ist, der höre, wessen sich der mehrheitssozialistische Parteifreund für Nordwestdeutschland, Waigand, der nebenbei ein Duzfreund Eberts und Scheidemanns war, am 23. 4. 1919 in der Bremischen Nationalversammlung gelüht hat. Nachdem dieser Herr zunächst auf die Bemühungen der Reichsheiter um die Mitarbeit der Unabhängigen hingewiesen und erklärt hatte, daß die Einigungsversuche zunächst von den Kommunisten hintertrieben worden wären, fuhr er dann, wie das Stenogramm ausweist, fort:

„Im Januar 1918 haben wir uns (also die R. S. und die U. S.), nachdem die Einigungsversuche bislang durch die Kommunisten scheiterten, zu einem Aktionskomitee zusammengesunden: die Arbeiter sollten durch einen Generalstreik den Krieg beenden, dem Militaris- und Imperialismus zu Leibe gehen. Wäre das geglückt, so wäre die große Offensive 1918 unterblieben und die Dinge wären ganz anders gekommen. Wir waren mit den U. S. einig, aber der Kommunistenführer Müller hat sich (in Bremen) dagegen erklärt. Er hatte nicht die Courage! (Lebhaftes Hört, Hört!) Der Streik war beschloffen in Berlin von den U. S. und unserer Partei!“

Da nicht anzunehmen ist, daß Waigand nur renommieren wollte, wird die Geschichte schon wahr sein. Die Sozialdemokratie beider Richtungen als Heher zum Kriegs-Streit, die Kommunisten als Widerpart dagegen, ist ein neues Bild.

Nun streben die Herren von 1918 wieder nach den Berliner Ministerien, und wenn nicht ein Wunder geschieht, werden ihre Bemühungen von Erfolg gekrönt sein. Wenn das nun einmal der Gang der Dinge sein soll, so halten wir es doch für ausgeschlossen, daß sie von rechtsgerichteter Seite ausbrüchlich gerufen werden. Deshalb glauben wir bis zum Beweis des Gegenteils, daß der Abg. Müller-Franken gesunkener hat, als er in der Sitzung der sozialistischen Fraktion erklärte, Dr. Stresemann habe in der Unterredung mit ihm die Einbeziehung der Sozialdemokratie in die Regierung warm befürwortet. Sookel und besamt ist, hat bisher die volksparteiliche Fraktion absolut keine Reizung für die große Koalition. Ueberdies soll bei der sozialistischen Fraktionsbesprechung zum Ausdruck gekommen sein, daß der linke Flügel der Partei Locarno durchaus ablehnend gegenübersteht, und zwar infolge der Bedenken, die wegen der Beziehungen zu Rußland entstanden sind. Man befürchtet hier, daß im Falle des Eintritts der Sozialdemokraten in die Regierung es den Kommunisten gelingen wird, der Partei große Wählermassen zu entreißen. Neuerdings wird gemunkelt, daß die sozialistischen Führer als stille Teilnehmer an der Regierung teilnehmen wollen, also mit allen Rechten, aber ohne Pflichten. Wir halten Herrn Dr. Luffner doch für zu geschickt, als daß er sich auf solch ein Regierungsmonstrum einlassen könnte.

Auch in den anderen Parteien sind die Meinungen über Locarno immer noch durchaus geteilt. Man ist allerdings gespannt auf die angekündigten Zusagen über die Auswirkungen, die von den Gegnern als Nebensache, von uns aber als Hauptsache angesehen werden. Der englische Außenminister hat vor kurzem bei einem Festmahl mit dem deutschen Vorkämpfer in London aus einem Potal, dem sog. Liebesbecher, getrunken und somit seine „Liebe“ zu Deutschland dokumentieren wollen. Solchen Gesten gegenüber sind wir mißtrauisch, denn alles, was sonst aus England herüberfließt, zeugt von allem anderen als von einer Freundschaft zu uns. Hr. Briand hat sich noch nicht geäußert, er hat den Kopf voll Finanzsorgen und weiß nicht, ob er den kritischen 1. Dezember noch als Minister erlebt.

Die deutschnationalen Führer haben sich, wie man hört, für eine unbedingte Ablehnung der Verträge entschlossen. Inwieweit ihnen die Reichstagsfraktion folgen wird, steht dahin. Die Stimmung der Wähler ist geteilt, vermutlich wird sich eine starke Opposition bemerklich machen, die sich vielleicht sogar zu einer Parteispaltung auszuweiten wird. Daß damit eine große Gefahr für das gesamte Bürgertum verbunden sein würde, versteht sich am Rande. Die Wirkungen des bekannten bedauerlichen Mißgriffes der Fraktionsführer und Landespartei-Vorsitzenden möglichst einzuschränken, ist eine schwere aber dankbare Aufgabe aller nationalgesinnten Kreise, welcher Partei sie auch angehören mögen. Natürlich nehmen die innerpolitischen Gegner die Verwirrung im bürgerlichen Lager wahr. Sie legen, wo sie nur können, Scheite an das Feuer. Manchmal vergeifen sie sich dabei. So sei als Kuriosum erwähnt, daß der „Sozialistische Parlamentsdienst“ der von ihm bedienten Presse allen Ernstes den Schwindel auftritt, der Reichspräsident habe, als er bei seiner Durchreise durch Pforzheim von vaterländischen Organisationen begrüßt worden sei, im Knopfloch ein schwarz-rot-goldenes Bändchen getragen.

Die Russen machten gelegentlich ihrer Revolutionsfeier in Berlin auf besondere Weise Propaganda gegen Locarno. Sie hatten zu einem großen Empfang im Vorkämpfergebäude eingeladen, zu dem der Außenminister Tschitscherin aus Wiesbaden, wo er sich zur Kur aufhält, gekommen war. Nicht nur für Kommunisten wird es von Interesse sein, was ein Teilnehmer über das Fest berichtet:

Herr Krejzinsky und Gemahlin machten selbst die Honneurs. Jedem seiner Gäste reicht der Vorkämpfer die Hand: dem Grafen Kowalew und Tilla Durieux, Lord d'Aberton und Herrn Schölem, General von Seekt und Hello von Gerlach. Es mag manchen unter den hundert Gästen geben, der ein bißchen an Revolutionsfeier gedacht hatte und nun einigermaßen fassungslos diesen strahlenden Brantäumen, diesem glanzvollen Gesellschaftsbild der eleganten Frauen und männlichen Charakterköpfe, den brehenden Tafeln gegenübersteht. Dezent, ja stilvoll wie diese sorgsam konservierten Räume wirkt die diskrete Ueberstreuung des funkelnden Bildes mit roten Tupfen; Sowjetfahnen mit dem Bild Lenins an manchem Frack, Sträuße roter Rosen und Nelken in Kristallvasen, Büsche tiefroter Alpenveilchen auf den weißen Tafeln, Bilder aller Sowjetgrößen, besonders Lenins, auch eine schöne Büste von ihm. Man durchstreift die Riesensäle und Gemächer, Bekannte begrüßend, rauchend und beobachtend. Röllische Gruppen, wo Gaumengenüssen geföhrt wird. Man steht plaudernd, den Teller in der Hand, Diener offerieren Bier und Brötchen mit grauschimmerndem Kaviar, kaukasische Weine sind hart gefroren, immer wieder Massenangriffe auf die schier unüberwindlichen Bergstellungen der Sakuska, der Tortenbüffets, der Rauchtische. Dazwischen hochpolitische Diskussionen. Neben dem männlichen Schwarzweiß leuchtende, glühende, hier und da sehr feinfühlerige Toiletten der Damen. Die Musik spielt verführerische Walzer. Es wird spät und später. Hier hat eine lähne Gruppe von Ultralinken mit Erfolg einen Staatsstreik gegen einen Bowlefest gewagt, dessen Inhalt man nun unter sich „sozialisiert“. Herrn Bölein, M. d. R., sieht man stützführend in einem Sofa, ein bißchen von der Pracht ringum bedrückt und doch ganz offenbar erwärmt von dem Stolz, hier zu Hause zu sein. Gäste, die den Russen im Grunde wenig grün sind, zeigen sich heute am ausdauerndsten. Unermüdblich bemühen sich Krejzinsky und Tschitscherin um ihre Gäste. Man wirkt hier Freundschaft ohne Neben, ohne Laaste. Zum Schluß werden die Vasen geplündert, überall rote Rosen. Mit dem Schwarzweiß deutscher Fracks ergaben sie einen guten Dreiklang. So endete das Sowjetfest.

Nicht wahr, da skaukste, lieber Zeitgenosse, ob du auf Schwarzweißrot, Schwarzrotgold, Rosarot oder Dunkelrot schwärst.

Tirpich gegen den Locarno-Pakt.

Berlin, 13. Nov. Großadmiral von Tirpich wendet sich in einem Artikel gegen den Vertrag von Locarno. Man könne, schließt er, nicht laut genug immer wieder betonen, was die Annahme der Locarno-Verträge in Wahrheit bedeuten würde. Der Bonner Staatsrechtslehrer Professor Dr. Karl Schmitt habe es in die folgenden unumstößlichen Sätze gefaßt: „Wenn der Status quo nicht selbst schon der Frieden ist, so ist seine Garantie etwas Schlimmeres als ein Krieg, nämlich die Legalisierung eines unerträglichen Zwischenzustandes zwischen Krieg und Frieden, in dem der politisch Mächtige dem politisch Schwachen nicht nur das Leben, sondern auch sein Recht und seine Ehre nimmt.“